



AI-JOURNAL APRIL 2006

EIN KONSERVATIVER PUTSCH

»Ein konservativer Putsch«

Ein Gespräch mit dem Westafrika-Experten Oily Owen über den politischen Wandel in Mauretanien.

Im August 2005 wurde der mauretanische Präsident Ould Taya von einem Militärrat abgesetzt und ins Exil geschickt, nachdem er 20 Jahre zuvor selbst durch eine Palastrevolution an die Macht gelangt war. Können Sie die Zeit unter seiner Herrschaft beschreiben?

Es ist kein Geheimnis, wie autoritär und repressiv sich das alte Regime verhalten hat. Es hatte wenig Legitimität und je schwächer die Position der Regierung wurde, desto schlechter war es um die Menschenrechte bestellt. Die Machthaber verließen sich auf eine kleine Wirtschaftselite und beschafften sich externe Kredite, indem sie auf die Gefahr durch die Islamisten hinwiesen.

Das neue Regime schlägt nun gegenüber religiösen Gruppen moderatere Töne an. Eine eigene Partei dürfen sie trotzdem nicht gründen.

Die neuen Machthaber sind an Stabilität interessiert, es war sozusagen ein konservativer Putsch. Sie sind jedoch auch aufgeschlossener als ihre Vorgänger für Impulse aus der Gesellschaft und aus dem Ausland. Diese Haltung macht es den Islamisten schwerer, ihren Einfluss auszubauen. In Algerien konnten die religiösen Kreise eine starke soziale Bewegung in Gang setzen. In Mauretanien hat die neue Regierung als einen der ersten Schritte politische Gefangene freigelassen. Sie gesteht den Menschen offensichtlich zu, ihre Bedürfnisse in einem bürgerlichen, gewaltlosen Umfeld zu äußern.

Vor kurzem hat die Ölförderung in Mauretanien begonnen. Der Militärrat hat Klauseln aus der Zeit Ould Tayas für nichtig erklärt, die einem westlichen Ölkonzern Vorteile einräumten.

Der Rat stellt die Partnerschaft nicht grundsätzlich in Frage, sondern nur einige zukunftsgerichtete Vorgaben. Die Regierung möchte sich besser positionieren als ihre Vorgänger, während die Ölfirma auf den Vertragsbedingungen beharrt. Ähnliches geschieht derzeit auch bei den Verhandlungen über ein Fischereiabkommen mit der Europäischen Union. Mauretanien fühlte sich bei früheren Übereinkünften nicht fair behandelt.

Welche Aussichten eröffnet die Ölförderung?

Das ist eine langfristige Perspektive, die unter anderem voraussetzt, dass man Minderheiten stärker beteiligt. Es wird auch entscheidend sein, neue Industrien auf- und die Infrastruktur auszubauen. Die Ölvorräte gehen einmal zu Ende, die Probleme hingegen bleiben: Mauretanien braucht Wasser und hat mit Umweltproblemen zu kämpfen.

Noch in diesem Jahr stimmt das Volk über die Verfassung und die Zusammensetzung des Parlaments ab, 2007 stehen Senats- und Präsidentschaftswahlen an. Ist diese Eile angebracht?

Sobald das Öl reichlich fließt, wächst die Gefahr, dass sich der Übergang zur Demokratie verzögert. Der Staatschef hat jedoch mehrfach und öffentlich versichert, sich an den Zeitplan zu halten – auch gegenüber den Nachbarländern und den Wirtschaftspartnern. Und die Erklärung des Militärrats, dass keiner der derzeitigen Regierungsmitglieder einer künftigen Regierung angehören dürfe, ist ebenfalls zu begrüßen.

Mauretanien ist ein Bindeglied zwischen dem arabisch geprägten Nordafrika und Schwarz-Westafrika. Welche Auswirkungen hat dies auf die Migration?

Derzeit ist Mauretanien für westafrikanische Migranten, die nach Marokko und von dort aus nach Spanien gelangen wollen, wegen der begrenzten Ressourcen, die sie hier antreffen, noch ein Transitland. In einigen Jahren könnte Mauretanien zu einem Zielland für Migranten werden. Normalerweise geschieht dies nicht während einer wirtschaftlichen Wachstumsphase, denn in dieser Zeit gibt es noch zu wenig zum Verteilen. Wegen der Sozialstruktur könnte es dann zu Spannungen zwischen Migranten und der einheimischen Bevölkerung kommen, wie dies schon in Libyen und kürzlich in Ägypten geschehen ist.

Schwarzafrikanische Gruppen in Mauretanien fordern, zunächst das Flüchtlingsthema anzusprechen.

Die Frage der Flüchtlinge aus Südmauretanien, die seit Ende der achtziger Jahre in senegalesischen Lagern leben, ist sehr wichtig. Die derzeitige Regierung ist dem Problem gegenüber zwar aufgeschlossener als die frühere, doch sie stützt sich noch immer vor allem auf die arabische Elite, die von den afrikanischen Rückkehrern nichts wissen will. Letztlich ist die schwarzafrikanische Bevölkerung eine Randgruppe in Mauretanien.

Wird sich Ould Taya im März 2007 noch einmal zur Wahl stellen?

Er wird wohl nicht aus dem Exil in den Präsidentenpalast zurückkehren, denn er hat seine Unterstützerbasis verloren. Wahrscheinlich werden wir einige andere Gesichter wiedersehen. Die Militärs selbst sind nicht erpicht darauf, sich an der Staatsspitze zu behaupten. Sie werden allerdings versuchen, sich vor ihrem Abtritt eine günstige Position zu verschaffen. Bislang gibt es keine Anzeichen dafür, dass der Demokratisierungsprozess entgleisen könnte.

Interview: Thorsten Koch

OLLY OWEN

Olly Owen ist Westafrika-Experte bei Global Insight in London, einer privaten Einrichtung für Wirtschaftsanalysen und Länder-Risikoeinschätzungen. Zuvor beschäftigte er sich beim Centre for Democracy and Development hauptsächlich mit Nigeria und Mali.